



Stockhove aus Berlin

Liebe Leserinnen und Leser!

Hasskommentaren im Netz muss effektiver begegnet werden. Soziale Medien bieten völlig neue Möglichkeiten der politischen Kommunikation, das erleben wir national wie international. Sie bergen aber auch Gefahren. Zunehmend sind Facebook, Twitter und Co. zu Plattformen geworden, auf denen Falschmeldungen und Hassbotschaften verbreitet und andere Menschen herabgewürdigt werden. Verantwortlich hierfür sind in erster Linie die Personen, die diese Meldungen erstellen. Die Betreiber sozialer Medien tragen jedoch eine Mitverantwortung, da sie die Instrumente für eine massenhafte Verbreitung zur Verfügung stellen.

Die Union hat schon frühzeitig gefordert, dass rechtswidrige Kommentare in sozialen Medien schnellstmöglich wieder gelöscht werden sollen. Es gilt, die bereits bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen effektiver auszugestalten und durchzusetzen.

Die von Hetze Betroffenen müssen schnell zu ihrem Recht kommen. Deshalb wollen wir die Betreiber verpflichten, leicht zugängliche Beschwerdestellen vorzuhalten und innerhalb von 24 Stunden auf gemeldete Hasskommentare und verleumderische Fake-News zu reagieren. Ansonsten soll eine empfindliche Strafzahlung erfolgen. Das Bußgeld muss wirken und im Zweifel auch wehtun. Es geht neben dem Schutz der Persönlichkeit um nicht mehr und nicht weniger als den Schutz unserer Demokratie, deren Grundlage in einem offenen Meinungs Austausch im Rahmen der Rechtsordnung besteht. Wir begrüßen, dass der Bundesjustizminister nun den Weg der runden Tische mit den Plattformbetreibern verlassen hat und erwarten, dass er nun sehr zeitnah zusammen mit dem für das Telemediengesetz zuständigen Bundeswirtschaftsminister einen Gesetzentwurf vorlegt. Die Fraktion hat sich diesen Mittwoch in einem Fachgespräch intensiv diesem Thema gewidmet und wird jetzt ihre Position weiter konkretisieren.

Es grüßt Sie herzlich

Ihre Rita Stockhove

Einbruchdiebstahl wirksam bekämpfen

Den Gesetzentwurf von Bundesminister Maas zur Bekämpfung des Einbruchdiebstahls haben wir gestoppt. Wir wollen, dass der Einbruchdiebstahl mit einer Mindeststrafe von einem Jahr bestraft wird und so die Einstellung von Verfahren schwerer wird. Zudem sollen die Strafermittlungsbehörden das Instrument der Telekommunikationsüberwachung zur Aufklärung dieser Straftaten einsetzen können. Dies sieht der Gesetzentwurf von Bundesminister Maas bisher nicht vor. Wir fordern nach wie vor von der SPD, ihren Widerstand gegen die Mindeststrafe von einem Jahr aufzugeben, und werden darüber auch öffentlich diskutieren.

Bundespolitik für starke ländliche Räume

Rund 90 % der Fläche Deutschlands sind ländliche Räume. Dort leben etwa die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger und der überwiegende Teil unserer mittelständisch geprägten Wirtschaft, des Handwerks und des verarbeitenden Gewerbes schaffen „auf dem Land“ unseren Wohlstand.

Die Union steht für starke ländliche Räume und arbeitet kontinuierlich daran, die Bedingungen für ihre Entwicklung zu verbessern. Für die Leistungsfähigkeit und eine hohe Lebensqualität im ländlichen Raum brauchen wir gute Verkehrswege, schnelle Internetverbindungen und eine zukunftsorientierte Landwirtschaft. Wie wichtig eine gute Infrastruktur im umfassenden Sinne gerade für die Wirtschaft ist, hat der neue BDI-Präsident Prof. Kempf jüngst verdeutlicht: 2/3 der Arbeitsplätze befinden sich im ländlichen Raum. Wir müssen als Partei der ländlichen Räume dafür sorgen, dass dies so bleibt.

Dem Frieden verpflichtet – Friedens- und Konfliktforschung stärken

Die Friedens- und Konfliktforschung an deutschen Forschungseinrichtungen leistet ihren Beitrag zur Friedenssicherung, der Gewalt- und Krisenprävention und der Lösung von kriegerischen Konflikten. Diese Leistung haben wir mit dem zusammen mit unserem Koalitionspartner eingebrachten Antrag gewürdigt. Wir sprechen uns für eine gezielte Förderung dieses Forschungszweigs aus. Über eine externe Evaluierung wollen wir sicherstellen, dass diese Mittel bestmögliche Verwendung finden. Wir fordern schließlich die Bundesregierung dazu auf, die Verbreitung der gewonnenen Ergebnisse durch geeignete Maßnahmen zu fördern und in ihre eigene Arbeit einfließen zu lassen. Hierzu haben wir die Beschlussempfehlung und den Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technologiefolgenabschätzung beraten.

Deutsches Wirtschaftswachstum auf Vierjahreshoch

Die deutsche Wirtschaft ist im vergangenen Jahr mit einem Plus von 1,9 % im Vergleich zum Vorjahr so stark gewachsen wie zuletzt im Jahr 2011. Damit zeigte sich die konjunkturelle Lage wie schon in der Vergangenheit äußerst solide. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, trugen vor allem die privaten Konsumausgaben mit einem preisbereinigten Zuwachs von 2,0 % zur positiven Entwicklung bei. Die staatlichen Konsumausgaben stiegen im Vergleich mit + 4,2 % sogar noch stärker an. Als weitere Stütze des deutschen Wirtschaftswachstums erwies sich die Investitionstätigkeit. Die preisbereinigten Bauinvestitionen legten im Jahr 2016 um 3,1 % zu. Dies führte neben mehr Wohnraum auch zur Belebung des Baugewerbes, das gemeinsam mit allen anderen Wirtschaftsbereichen besonders positiv zur Bruttowertschöpfung beitrug. Die gute konjunkturelle Lage wirkte sich auch erfreulich auf den Arbeitsmarkt aus, wo mit 43,5 Millionen der höchste Stand von Erwerbstätigen seit 1991 gemessen werden konnte. *(Quelle: Statistisches Bundesamt)*

Aufwärtstrend beim Nachwuchs

Die Geburtenrate in Deutschland hat im Jahr 2015 einen neuen Höchststand erreicht. Mit 1,5 Kindern je Frau erreichte die zusammengefasste Geburtenziffer den höchsten Wert seit 33 Jahren. Damit setzt sich die positive Entwicklung bei der Zahl der Neugeborenen seit dem Jahr 2012 fort. Besonders viele Kinder wurden in den ostdeutschen Bundesländern geboren, im Schnitt 1,56 Kinder je Frau. Entsprechend führen Sachsen (1,59), Thüringen (1,56) und Mecklenburg-Vorpommern (1,55) als Spitzengruppe das Länderranking an. Das durchschnittliche Alter der Mütter blieb fast unverändert bei 31 Jahren. Die Mütter der Erstgeborenen waren 2015 durchschnittlich 29 Jahre und 7 Monate alt. Beim zweiten beziehungsweise dritten Kind waren die Mütter knapp 32 beziehungsweise 33 Jahre alt. *(Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Statistisches Bundesamt)*

Mit sechs Kindern habe ich ebenfalls meinen Beitrag geleistet!

Meine Termine vor Ort

21.01.2017, 10.30 Uhr	Neujahrsempfang CDU NRW, Düsseldorf
21.01.2017, 14.00 Uhr	Landesvorstandssitzung der Frauen Union NRW
27.01.2017, 18.30 Uhr	Grünkohlessen OV Haltern-Mitte
28.01.2017, 14.00 Uhr	Jahreshauptversammlung Landfrauen
29.01.2017, 11.00 Uhr	Jahresempfang CDU Oer-Erkenschwick
31.01.2017, 10.00 Uhr	Eröffnungsfeier Jagd und Hund, Dortmund
01.02.2017, 18.30 Uhr	Veranstaltung „Bienen“, CDU Marl
03.02.2017, 10.00 Uhr	Bürgersprechstunde Oer-Erkenschwick
03.02.2017, 19.00 Uhr	Grünkohlessen Datteln Ahsen
04.02.2017, 10.30 Uhr	Bezirksdelegiertentag Frauen Union Ruhr
06.02.2017, 20.00 Uhr	Vortrag beim Verein ehemaliger Landwirtschaftsschulabsolventen
08.02.2017, 10.00 Uhr	Senioren Union Datteln
09.02.2017, 18.00 Uhr	Vorsitzendenkonferenz Frauen Union NRW
10.02.2017, 11.00 Uhr	Unternehmer des Jahres, Gelsenwasser
12.02.2017	Bundesversammlung anlässlich der Wahl des neuen Bundespräsidenten